

Betriebsvereinbarung zur Kameraüberwachung

Zwischen der

UMG Klinikservice GmbH

vertreten durch die Geschäftsführer Marcus Bühre und Pierre Walther
Robert-Koch-Straße 40
37075 Göttingen

- nachstehend KSG genannt –

und dem

Betriebsrat der UMG Klinikservice GmbH

vertreten durch den Vorsitzenden Daniel Wölfer
Robert-Koch-Straße 40
37075 Göttingen

- nachstehend Betriebsrat genannt -

wird folgende Betriebsvereinbarung geschlossen:

1. Gegenstand der Betriebsvereinbarung

Gegenstand dieser Betriebsvereinbarung ist die Regelung der Auswirkungen der von der Universitätsmedizin Göttingen (im Folgenden: UMG) und der Georg-August-Universität Göttingen (im Folgenden: UNI) betriebenen Kameraüberwachung auf die Beschäftigten der KSG.

2. Geltungsbereich

- a) Diese Betriebsvereinbarung gilt persönlich für alle Beschäftigten der KSG gemäß § 5 Abs. 1 BetrVG. Ausgenommen sind leitende Angestellte im Sinne von § 5 Abs. 3 BetrVG. Unter den Geltungsbereich dieser Betriebsvereinbarung fallen auch die von der UMG an die KSG gestellten Beschäftigten.

- b) Örtlich gilt die Betriebsvereinbarung für diejenigen Orte, an denen Beschäftigte der KSG auf deren Weisung ihre Arbeitsleistung erbringen.
- c) Die Betriebsvereinbarung gilt sachlich für den Betrieb technischer Einrichtungen der UMG und der UNI, die die Aufnahme von Bild und/oder Ton ermöglichen.
- d) Die Rahmenbetriebsvereinbarung zur Einführung, Anpassung und Nutzung von EDV-Systemen vom 18.05.2017 findet keine Anwendung.

3. Kamerastandorte

Die Beschäftigten der KSG erbringen ihre Arbeitsleistung überwiegend in Gebäuden und sonstigen Bereichen, die von der UMG und der UNI als maßgeblichen Auftraggebern der KSG betrieben werden. Sowohl in der UMG als auch in der UNI erfolgt an einigen dieser Standorte eine Überwachung mittels Kamera. Die Standorte der Kameras sind den Betriebsparteien überwiegend nicht bekannt.

Die Betriebsparteien nehmen zur Kenntnis, dass die Kamerapositionen und die jeweiligen Überwachungsbereiche durch die UMG und UNI ohne Rücksprache mit der KSG festgelegt worden sind.

4. Verbot der Leistungs- und/oder Verhaltenskontrolle

Die KSG hat keinen unmittelbaren oder mittelbaren Zugriff auf die Daten der Kameras. Dies gilt sowohl für die Live-Bilder (einschließlich der Tonspur) als auch für die Aufzeichnungen. Die zwischen der UMG und deren Personalrat abgeschlossene Dienstvereinbarung schließt eine Weitergabe der Daten an Dritte ausdrücklich aus, ausgenommen sind lediglich Weitergaben auf Anforderung von Strafverfolgungsbehörden.

Eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle von Mitarbeitern der KSG mittels dieser Bilder bzw. Aufzeichnungen ist ausgeschlossen.

Die KSG wird weder Live-Bilder noch Bild- oder Tonaufzeichnungen oder durch die Kameraüberwachung entstandene Informationen bei der UMG oder der UNI anfordern.

Darüber hinaus wird die KSG weder Live-Bilder noch Bild- oder Tonaufzeichnungen der von den Kameras gefertigten Aufnahmen in Augenschein nehmen oder entgegennehmen. Das gleiche gilt für sämtliche mit Hilfe der Kameraüberwachung generierten Informationen.

Sollten personenbezogene Mitarbeiterdaten unter Verletzung von Bestimmungen aus dieser Betriebsvereinbarung verarbeitet werden, so dürfen auf Basis der so gewonnenen Informationen keine arbeitsrechtlichen Maßnahmen, insbesondere Abmahnungen und Kündigungen, erfolgen. Erkenntnisse und Maßnahmen aus einer solchen Anwendung dürfen weder bei internen Beurteilungen noch in arbeitsgerichtlichen Verfahren vorgetragen oder als Beweismittel benannt werden. Die Betriebsparteien vereinbaren insoweit ausdrücklich ein verbindliches Beweisverwertungsverbot.

Die KSG wird die UMG sowie die UNI auf die Verpflichtungen aus dieser Betriebsvereinbarung hinweisen und um Beachtung bitten.

5. Änderungen oder Erweiterungen der Kameraüberwachung

Die KSG wird von der UMG sowie der UNI geplante Änderungen oder Erweiterungen der bestehenden Kameraüberwachung einmal jährlich sowie anlassbezogen, z. B. im Falle erheblicher Gebäudeerweiterungen oder Umbauten, erfragen. Über das Ergebnis der Anfrage wird sie den Betriebsrat rechtzeitig und umfassend informieren.

6. Schlussbestimmungen

Diese Betriebsvereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft. Sie kann mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden. Im Falle einer Kündigung wirkt sie insgesamt nach, bis sie durch eine andere Regelung ersetzt wird.

Göttingen, den

DATENSCHUTZ